



Wien, 6. November 2018

Antrag an das Österreichische Wirtschaftsparlament, Sitzung am 29. November 2018

Gemeinsamer Erfolg aus nächster Nähe – Stärken der regionalen Wirtschaft

Regionalwirtschaft ist im wahrsten Sinn des Wortes nachhaltig – sie ermöglicht es, Wertschöpfung MIT der Natur und eingebettet in die sozialen Beziehungen vor Ort zu organisieren

Wir erleben derzeit auf allen politischen Ebenen in Österreich und auch von Seiten der Wirtschaftskammer eine Fokussierung in Richtung Internationalisierung, Exportwirtschaft und Start-Ups. Die rasch voranschreitende Digitalisierung vieler Wirtschaftsbereiche bekommt einen so hohen Stellenwert, dass die tatsächlichen Sorgen und Bedürfnisse der EPU und KMU vielfach in den Hintergrund gedrängt werden.

Dabei sind es zigtausende Unternehmerinnen und Unternehmer im Land, die hier und vor Ort ihr „Geschäft“ betreiben und ihre Umsätze lukrieren. Sie sind es, die trotz aller Aufmerksamkeit der Medien und Politik auf die großen Industriebetriebe, tagtäglich Arbeitsplätze sichern, die Versorgung der Bevölkerung mit Waren und Dienstleistungen garantieren und im Idealfall auf kurzem Weg im lokalen Netzwerk einen realen Beitrag zum Umweltschutz leisten.

Ein ganz wesentlicher Faktor ihrer Aktivitäten ist auch die Pflege der sozialen Beziehungen in der Region oder im Grätzl, wie man in Wien sagt. Die Zusammenarbeit unterschiedlicher Betriebe einer Region und die gelebte Diversität in den Unternehmen stärkt den Zusammenhalt in der Gesellschaft.

Diese Unternehmen brauchen Rahmenbedingungen, die es möglich machen, gut funktionierende Wirtschaftsstrukturen aufrechtzuerhalten oder – wo notwendig – zu schaffen und gleichzeitig den Boden aufzubereiten für innovatives Unternehmertum, das trotz oder wegen aller Transformationen erfolgreich ist. Gerade in der Zusammenarbeit zwischen unterschiedlichen AkteurInnen auf kurzem Weg mit Unterstützung durch die richtigen politischen Maßnahmen können Ökoinnovationen und Sozialinnovationen gelingen. Damit sichern wir wirtschaftlichen Erfolg eingebettet in eine funktionierende Gesellschaft und in eine gesunde Umwelt.

Die politischen Handlungsfelder sind vielfach bekannt:

- Öffentliche Beschaffung und Bestbieterprinzip schaffen Wertschöpfung in der Region:
Alle öffentlichen Auftraggeber sollen das Bestbieterprinzip bei allen Vergaben verpflichtend anwenden. Damit vereinen sie ökologische, soziale und gleichstellungspolitische Kriterien, die regionale Auftragsvergabe wird gezielt gefördert.
- Reparaturwirtschaft zur Stärkung des Handwerks:
Eine Mehrwertsteuerabsenkung auf Reparaturdienstleistungen, steuerliche Absetzbarkeit der Arbeitskosten für Reparaturen und Ressourcensteuern begünstigen Wiederverwertung und Reparatur.
- Leerstandsmanagement und Zwischennutzung zur Attraktivierung von Zentrumsanlagen:
Maßnahmen zur Attraktivierung von zentralen bzw. Ergeschosslagen müssen durch ein Standortmanagement gesetzt werden (Koordination von Zwischennutzungen und Flächenvermittlung) und im Steuersystem den Leerständen entgegengewirkt werden (Leerstandsabgabe zur Flächenmobilisierung führt zu günstigen Lokalmieten für Unternehmen, Leerstand wird teuer)

- **Kostenwahrheit im Transport zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit regionaler Produkte:**
Eine Ökologisierung des Steuersystems unter Berücksichtigung klimaschädlicher Emissionen ist ebenso dringend notwendig wie die Abschaffung klimaschädlicher Subventionen.
- **Sharing Economy: Co-Working-Spaces, Maker-Spaces, Handwerkerhäuser zur Unterstützung von Kooperation und Ressourcenschonung.**
Diese sind auch außerhalb der Hauptstädte notwendig, rechtliche Rahmenbedingungen der gemeinsamen Nutzung von Personal und Geräten müssen geklärt werden (Haftungsfragen). Durch die Anmietung von Flächen für gemeinsame Arbeitsstätten von Seiten der öffentlichen Hand sollen GründerInnen, Kleinunternehmen und Frauen gefördert werden.
- **Standorte für Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen (Stichwort: Fachkräftemangel) forcieren:**
Eine Reform der Lehrlingsausbildung unter Berücksichtigung der Bedürfnisse von Kleinbetrieben und Integration der durch Digitalisierung verstärkt erforderlichen Kenntnisse im Bereich der EDV durchführen.
- **Elternschaft für Unternehmerinnen und Unternehmer ermöglichen:**
Der flächendeckende Ausbau adäquater Betreuungseinrichtungen für Kinder aller Altersklassen muss vorangetrieben werden. Hohe Qualität der Betreuung und Leistbarkeit müssen dabei sichergestellt sein.
- **Frauen beim Unternehmensaufbau unterstützen:**
Die Unternehmensfinanzierung in Gründungs- und Wachstumsphasen stellt für Frauen oft wegen fehlender Möglichkeiten der Besicherung für Finanzierungen eine besondere Herausforderung dar. Insbesondere Alleinerzieherinnen sind betroffen. Dafür braucht es eigene Coaching- und Informationsangebote um über bereits vorhandene Mikrokreditzugänge, alternative Finanzierungsformen, Netzwerke etc. zu informieren.

Die Grüne Wirtschaft stellt daher folgenden Antrag:

Die Präsidialabteilung der Wirtschaftskammer Österreich wird aufgefordert, im Sinne der beschriebenen Punkte ein umfassendes Maßnahmenpaket auszuarbeiten, um die regional wirtschaftenden Unternehmen in Österreich tatsächlich zu unterstützen. Dieses ist dem Wirtschaftsparlament im Juni 2019 zur Kenntnis zu bringen. Im Anschluss sollen damit die zuständigen politischen Stellen befasst werden.

Für die Grüne Wirtschaft



Sabine Jungwirth



Hans Arsenovic



Johannes Püller